



f Elke Kahr

Gemeinderat Graz: Damit Sie wissen, was im Rathaus vorgeht!

Gemeinderatssitzung 21. Jänner 2016



GRAZ **KPÖ** informiert:
www.kpoe-graz.at Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs

Richtwertmieten nicht erhöhen!

KPÖ-Antrag im Gemeinderat beschlossen!

RAT UND HILFE



Wohnungsstadträtin
Elke Kahr - KPÖ,
Tel. 0316 / 872 20 60

Die durchschnittlichen Bruttomieten sind inzwischen so hoch, dass selbst „NormalverdienerInnen“ bis zu 50 Prozent und mehr ihrer Einkommen für das Wohnen aufbringen müssen.

„Neben den Betriebskosten ist es vor allem das – selbst für Experten zusehends undurchschaubare – Richtwertgesetz, das das Wohnen immer teurer macht“, erklärt Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Hinzu kommt, dass die Richtwertmieten österreichweit nur in Vorarlberg und Salzburg höher sind als in der Steiermark.

Die nächste Erhöhung der Richtwerte steht mit 1. April 2016 ins Haus. Das Gesetz

sieht eine Anhebung um den Verbraucherpreisindex (VPI) von 1,6 Prozent vor.

Die KPÖ forderte daher den Gemeinderat auf, den Bund aufzufordern, die Richtwertmieten heuer nicht zu erhöhen. Außerdem soll die versprochene Mietrechtsreform eine Abschaffung des

Richtwertmietsystems zugunsten einheitlicher, niedrigerer Mietzinsobergrenzen bringen. Der KPÖ-Antrag wurde mit knapper Mehrheit beschlossen. ÖVP und die Freiheitliche Partei zeigten kein Verständnis für eine Entlastung der Mieterinnen und Mieter. Sie stimmten dagegen.

Benachteiligungen bei Schulauswahl?

In Graz war es heuer erstmals möglich, schon im Vorfeld der Schuleinschreibung drei Wunschschulen bekanntzugeben. Ein Großteil dieser Wünsche konnte berücksichtigt werden. Als besonders beliebt haben sich dabei die innerstädtischen Volksschulen herausgestellt, was vor allem mit deren Erreichbarkeit begründet wurde. KPÖ-Gemeinderat **Robert Krotzer** äußerte Bedenken, dass es



durch das neue Online-Vormerkssystem zu Diskriminierungen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien kommen könnte.

Laut Bildungstadtrat Hohensinner gab es bei Bedarf Hilfestellungen bei der Vormerkung in den Servicestellen. Informationen darüber, ob es zu Benachteiligungen gekommen ist, liegen bislang nicht vor.

Gemeindewohnungen

INNERE STADT UND ST. LEONHARD:



Die städtischen Wohnhäuser Schmiedgasse 16 und Mandellstraße 40 werden demnächst saniert. Das hat der Gemeinderat beschlossen. „Besonders erfreulich ist, dass dabei auch zusätzliche Wohnungen geschaffen werden können“, wo Wohnungsstadträtin Elke Kahr.

Psychotherapie statt Psychopharmaka

Psychotherapie auf Krankenschein – diese Forderung hat KPÖ-Gesundheitssprecherin **Elke Heinrichs** bereits 2013 im Gemeinderat thematisiert. Geschehen ist bis heute nichts.



schon 2006 und 2013 haben die Ausgaben für Psychopharmaka um 31 % zugenommen. Dass solche Lösungen nicht nachhaltig sind, beweisen die stetig steigenden Krankenstände,

Beschränkte Kontingente und lange Wartezeiten zermürben die PatientInnen. Durch die bürokratischen Hürden verzichten psychisch Erkrankte oft auf eine Therapie. Stattdessen boomt die Verschreibung von Psychopharmaka. Zwi-

Kündigungen und Frühpensionierungen aufgrund psychischer Erkrankungen.

Heinrichs wiederholte ihre Forderung nach einem garantierten Zugang zu Psychotherapie auf Krankenschein für alle, die sie brauchen.

Kohlenmonoxid-Melder können Leben retten

Das Heimtückische an Kohlenmonoxid ist, dass es vom Menschen nicht wahrgenommen werden kann: es ist unsichtbar, geruchlos und geschmacklos. Erst am 14. Jänner verstarb in der Harter Straße eine 78-jährige Frau an den Folgen einer Rauchgas-Vergiftung.



KPÖ-Sicherheitssprecher **Christian Sikora** regte daher eine Präventionsaktion an: Über die Berufsfeuerwehr, in den Servicestellen der Stadt und im Rathaus sollen CO-Melder für Grazerinnen und Grazer wesentlich billiger als im Einzelhandel zu haben sein.

Schulen: Bewegung im Freien ist gesund

„Es ist wichtig, dass Schülerinnen und Schüler sich in den Pausen und – bei ganztägigen Schulformen – auch am Nachmittag ausreichend im Freien bewegen können“, betont KPÖ-Bildungssprecher **Andreas Fabisch**. Doch in der kalten Jahreszeit dürfen an vielen städtischen Schulen die Schulsportplätze nicht benutzt werden – selbst dann nicht, wenn es warm und trocken ist. Fabisch forderte im Gemeinderat, dass die Schulen ange-

regt werden sollen, die Schülerinnen und Schüler ins Freie zu lassen. Mit Erfolg. Demnächst sollen die Schulleitungen via Mail eingeladen werden, den Schülerinnen und Schülern die Freiflächen auch im Winter zugänglich zu machen, solange dadurch keine Beschädigung zu befürchten ist.



Kinderbetreuung – mehr Ausbildungsplätze!

Der Kindergarten ist die erste prägende pädagogische Einrichtung für das Kleinkind und es ist selbstverständlich, dass auf die Ausbildung der dafür zuständigen ErzieherInnen/PädagogInnen großer Wert gelegt wird.

Um zukünftige Engpässe zu vermeiden (Stichwort: zweites verpflichtendes Kindergarten-

jahr), fordert die KPÖ, einen zweiten Ausbildungsstandort in Graz einzurichten. „Es muss mehr jungen Menschen diese hervorragende Ausbildung ermöglicht werden“, so KPÖ-Bildungssprecher **Andreas Fabisch**. Auch gilt es, diesen Beruf finanziell attraktiver zu machen.

Verwirrende Ampelschaltungen

Die Straßenverkehrsordnung regelt umfassend, wie sich RechtsabbiegerInnen zu verhalten haben. An der Kreuzung Lagergasse/Karlauergürtel sorgt eine neue Ampelregelung für Verwirrung: RechtsabbiegerInnen bekommen ein zusätzliches Rot-Signal, auch wenn klar ist, dass sie ohnehin nur dann fahren dürfen, wenn keine FußgängerInnen queren. „Diese Regelung sorgt eher für Verunsicherungen und Stress als für Verkehrssicherheit“, so Gemeinderat **Manfred Eber**. Er forderte, derartige Ampeln ersatzlos zu entfernen oder durch orange blinkende Ampeln zu ersetzen.



Weitere Initiativen der KPÖ im GRAZER Gemeinderat (21.1. 2016)

- ⇒ Einbahnregelung Hohenstaufengasse-Kärntnerstraße-Staatsbahnstraße-Lazarettgürtel – Manfred Eber
- ⇒ Parkfläche für einspurige Kfz bei der ATG-Halle – Andreas Fabisch
- ⇒ Fußgängerübergang für Mariatrosterstraße/Eschengasse – Andreas Fabisch

Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Weg mit der Maklerprovision für Mieter!

In Deutschland muss der Vermieter die Provision zahlen. Auch in anderen europäischen Ländern wie Großbritannien, Holland, Belgien, Norwegen, Irland oder der Schweiz muss der Mieter keine Provision zahlen. Der Wegfall der Maklerprovision für den Mieter ist nicht nur fair, sondern bringt auch eine Erleichterung bei den Einstiegskosten für Wohnungssuchende.

Deshalb fordert die KPÖ den Bundesgesetzgeber auf, zu beschließen:

Für die Kosten der Maklerprovision muss ausschließlich der Vermieter aufkommen.

Die Maklerprovision pro vermittelter Wohnung darf 500 Euro nicht überschreiten.

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift



KPÖ

Eine Initiative der KPÖ Graz - Elke Kahr

Unterschriften bitte an KPÖ Graz, Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz senden.

Informationen und Bestellungen: Tel. 0316 / 71 24 79

Fax: 0316 / 71 62 91 • E-Mail: bl-graz@kpoe-graz.at • www.kpoe-graz.at